

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

Protokoll

21. öffentliche / nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 06.09.2018
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 20:20 Uhr
Ort, Raum: BVV-Saal, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

Die Anwesenden sind der Anwesenheitsliste zu entnehmen.

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Begrüßung**

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Mitglieder, das Bezirksamt und die Gäste.

Die Tagesordnung wird wie vorliegend angenommen.

Die Mitglieder bestätigen auf Nachfrage des Vorsitzenden, die TOPs 2 und 3 nichtöffentlich zu behandeln. Die Nichtmitglieder werden daraufhin um Verständnis gebeten, die Sitzung für diese beiden anschließenden TOPs verlassen zu müssen.

Nichtöffentlicher Teil

zu 2 **Protokoll zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 23.08.2018**

Das Protokoll wird ohne Anmerkungen genehmigt.

zu 3 **Interessenbekundungsverfahren Kita Triftstr. 12 Beratung und Beschlussfassung**

siehe Protokoll zum nichtöffentlichen Teil

Öffentlicher Teil

zu 4 **Protokoll zum öffentlichen Teil der Sitzung vom 23.08.2018**

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

zu 5 **Mitteilungen**

zu 5.1 **des JHA-Vorsitzenden**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

zu 5.2 des Bezirksamtes

Frau BzStRätin Dr. Obermeyer hebt aus dem zuvor per E-Mail übersandten Bericht (Anlage 1 zur Sitzung) einige Themen hervor, die zum Teil in den folgenden TOPs durch Unterlagen und Berichte vertieft werden.

Auf Nachfrage informiert Frau BzStRätin Dr. Obermeyer, dass in der Badstraße 10 zwei Wohnungen zur Verfügung stehen, von denen eine vermietet ist und in die andere, wie im Bericht erwähnt, Familien untergebracht werden sollen.

zu 6 Berichterstattung aus den AG'en 78

AG Kinder- und Jugendlichenbeteiligung:

Frau Homann bedankt sich beim Jugendamt für die Aufstockung der **Koordinierungsstelle** aus Restmitteln, sodass mit der Kinder- und Jugendwahl U18 zur Europawahl begonnen werden könne.

Sie plädiere dafür, das **IBV (Bezugnahme TOP 3)** neu zu regeln und wieder öffentlich zu verhandeln, so wie es aus den vergangenen Zeiten kenne. Die AG-Sprecher*innen nach § 78 KJHG seien über das Beteiligungsmodell ihrer Auffassung nach als fachliche Beratung involviert.

Der Vorsitzende erfragt beim Jugendamt und den Beteiligten des IBV, ob das Verfahren zukünftig öffentlich fortgesetzt werden könne und bittet das Jugendamt bei den Bewerbern (Trägern) nachzufragen, ob diesbezüglich Vorbehalte bestehen. Das Bezirksamt werde den Vorschlag mitnehmen und sich dazu rückmelden.

AG Tagesbetreuung:

Frau Graß bekräftigt den Vorschlag, insbesondere um die eigenen Erfahrungen mit der Kinderbetreuung einbringen zu können.

AG Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit:

Herr Wichert bekräftigt den Vorschlag ebenfalls und informiert, dass die Sprecher*innen der AG'n nach § 78 KJHG während des nichtöffentlichen Sitzungsteils vor der Tür darüber beraten haben und einheitlich diese Position vertreten.

Bezüglich des Themas „**Badstraße**“ werde die AG erst in der Sitzung im Oktober eine Stellungnahme verfassen können, es werde daher darum gebeten, die konkreten Erwartungen an die AG bis dahin zu formulieren. Die Fragestellung wird erörtert und konkretisiert.

Er informiert weiter, dass **am 20.09.2018 ein Fachtag zum Thema Kinder- und Jugendarbeit** stattfinde.

Zum Thema „**Chemnitz**“ wird die von der AG verfasste Stellungnahme verlesen und für das Protokoll nachgereicht.

AG Mädchen und junge Frauen:

Frau Nadapdap informiert, dass der **Weltmädchentag am 11.10.2018** im Olof-Palme-Zentrum von 14-19 Uhr gefeiert werde. Das große Oberthema sei „Meine Stimme“. Alle Mädchen seien dazu eingeladen.

AG Alexanderplatz:

Frau Lehnen berichtet, dass die hohe Polizeipräsenz am Alexanderplatz die Arbeit der AG Alexanderplatz beeinträchtigt. Die Jugendlichen würden sich kaum noch am Alexanderplatz aufhalten, ohne dass die AG wisse, wohin diese gingen. Es bestehe das Risiko, dass diese Jugendlichen nicht mehr erreicht würden und „wegrutschen“. Auf Nachfrage berichtet sie, dass es vorgekommen sei, dass sowohl der Jugendliche als auch der Sozialarbeiter kontrolliert worden seien, ohne dass auf den Sozialarbeiterausweis Rücksicht genommen worden sei.

Das Thema wird in den Themenspeicher aufgenommen.

AG Kiezplenum Sparrplatz:

Herr Kühbauer informiert, dass die Berliner Regionale Arbeitsgemeinschaft die 100. Sitzung durchführe, bei der sich u.a. mit der **Sozialraumorientierung und –entwicklung** beschäftigt werde.

Die Regionale Arbeitsgemeinschaft sei bisher nicht über die anstehenden Veränderungen informiert worden, obwohl diese Transparenz in den Ausführungsvorschriften zum KJHG gefordert werde.

Ein weiteres Thema werde z.B. der hohe Krankheitsstand in der Kinder- und Jugendhilfe sein.

Es wird mitgeteilt, dass Mittel über die Gesundheitskasse zum Thema „gesundes Führen“ beantragt werden könnten.

Herr Kühbauer werde sich diesbezüglich informieren.

Der Vorsitzende bietet an, sich andernfalls im Bezirksamt zu erkundigen.

zu 7 Budgetierungsergebnisse der Hilfen zur Erziehung 2017 und im ersten Halbjahr 2018

Frau BzStRätin Dr. Obermeyer berichtet bezugnehmend auf die vorab übersandten Unterlagen.

Das Haushaltsrisiko bei der „Hilfe zur Erziehung“ bestehe immer, weshalb es regelmäßig Thema im Hauptausschuss sei. Ob die Vorsorge in Höhe von 2 Mio. € verzehrt sei oder werde, könne zur Zeit nicht abschließend beurteilt werden. Der entsprechende Vermerk sei dem Hauptausschuss vorgelegt worden und liege auch dem JHA vor (Anlage 2a). Die Auswertung der Zahlen zeige, dass die Steuerung nicht schlecht sei. Das könne auch dem Bericht der Senatsverwaltung entnommen werden. Im Bezirksvergleich sei die Steuerung im Jugendamt Mitte nicht zu beanstanden, was auch aus dem Bericht der Senatsverwaltung für Finanzen hervorgehe (Anlage 3).

Frau BzStRätin Dr. Obermeyer berichtet zu einzelnen Risikofeldern.

Frau Goral berichtet vertiefend, z.B. zur Testbudgetierung sowie Produkte ohne Basiskorrektur.

Die Mitarbeiter*innen des Jugendamts berichten auf Nachfrage zu den Unterlagen vertiefend zu den jeweiligen Produkten bzw. Auswertungen.

Der Vorsitzende bittet um Übersendung der KLR-Tabelle (u.a. Testbudgetierung), die dem Hauptausschuss zur Verfügung gestellt worden sei.

zu 8 Bericht Kitaentwicklungsplanung

Die Unterlagen zu TOP 8 sind den Ausschussmitgliedern vorab übersandt worden.

Frau BzStRätin Dr. Obermeyer hebt die ressortübergreifende Arbeit an der Entwicklung hervor, zu dem in den Unterlagen ebenfalls berichtet werde.

Frau Koch stellt die Entwicklungsplanung mithilfe der Präsentation vor (Anlage).

Der Beginn der Sprachausbildung bei Kindern nichtdeutscher Herkunft werde u.a. thematisiert, insbesondere die Auswirkungen auf die Entwicklung abhängig vom Alter. Die gute Zusammenarbeit mit den Kitas bzw. den Trägern werde dabei betont.

Zur Nachfrage der „Rückstellungsproblematik“ wird berichtet, dass die Gründe vielfältig seien.

Zur Übersicht der Grundstücke mit den Planungen wird berichtet, dass mit dieser exemplarisch die Schwierigkeiten dargestellt werden sollen. Die Übersicht beinhalte lediglich ausgewählte Planungen und sei nicht erschöpfend.

Frau Walter spricht armutspolitisch an, dass gut situierte Eltern, die z.T. auch längere Wege in Kauf nehmen, eher einen Kitaplatz erhalten als Kinder, die besonders einen

Kitaplatz bräuchten, „um besonders viele Jahre in der Kita zu sein“. Sie stellt die Frage, in welchen Gebieten diese Plätze dringend benötigt werden und welche Einflussmöglichkeiten der JHA habe, diesbezüglich auf Träger einzuwirken.

Frau Graß berichtet von den Erfahrungen der Tagesbetreuung und lobt die sich stärker verbessernde Zusammenarbeit mit den Trägern bezüglich der Aufnahme neuer Kinder auf freigewordene Plätze.

Herr Torno erkundigt sich, wie Eltern, die Arbeitslosengeld II beziehen und sich der Unterstützung des Jugendamtes verweigern, deren Kindern Verwahrlosung drohe, erreicht werden können.

Frau Goral weist darauf hin, dass zwischen Verwahrlosung und Alg-II-Bezug kein Zusammenhang bestehe. Zur nächsten Sitzung des JHA werden hierzu Unterlagen vorgelegt. Die Eltern seien durchaus unterschiedlich kompetent, einen Kitaplatz zu erhalten. Das Jugendamt versuche, mit den Härtefalllisten ausgleichend zu steuern.

Zu einer Nachfrage von Herrn Schwarz wird berichtet, dass die Kitaaufsicht den Betreuungsschlüssel in den Kitas sehr genau prüfe. Viele Plätze seien nicht belegbar, weil das Personal nicht vorhanden sei.

Daran knüpft sich ein Austausch über die verschiedenen Kita-Modelle und die in diesen enthaltenen Plätze an.

Der Vorsitzende regt an, das Mischmodell Betriebs-Kita mit Anteil öffentlicher Kita (über Kita-Gutschein) zu besprechen.

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf den Aspekt, in Gebieten mit hohem Bedarf sehr niedrige Möglichkeiten des Kitaausbaus zu haben, an. Er erbittet die Liste mit den möglichen Standorten für die Schaffung von Kitaplätzen. Diese würde für die Debatte benötigt, welche Standorte im Rahmen des Sozialinfrastrukturkonzepts priorisiert werden sollten. Herr Lehmann schlägt vor, den SIKO-Prozess in JHA vorzustellen.

zu 9 Verschiedenes

Es liegen keine Themen vor.

gez.
Tilo Siewer
Vorsitzender

Ersek
Protokollantin